

# Sächsische Elbzeitung.

Amts- und Anzeigebblatt

für das Königl. Gerichtsamt und den Stadtrath zu Schandau und den Stadtgemeinderath zu Hohnstein.

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint Mittwoch und Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, sowie durch die Expedition dieses Blattes für 10 Ngr. vierteljährlich zu beziehen. — Inserate für das Mittwochblatt werden bis Dienstag früh 9 Uhr, für das Sonnabendblatt spätestens bis Freitag früh 9 Uhr erbeten. — Preis für die einmal gespaltene Corpusspaltel oder deren Raum 1 Ngr. — Auswärts werden Inserate für die Elbzeitung angenommen in Hohnstein bei Herrn Pesse, in Dresden und Leipzig in den Annoncen-Bureaux der Herren B. Saalbach, Rud. Woffe und Haasenstein & Vogler.

Nr. 10.

Schandau, Mittwoch, den 4. Februar

1874.

## Politische Weltschau.

Morgen wird der zweite Reichstag des deutschen Reiches in Berlin eröffnet. Mit Spannung sieht man seinen Verhandlungen entgegen. Es ist nicht die Furcht, als könnten die reichsfeindlichen Elemente die Oberhand gewinnen, sondern die sichere Aussicht auf hitzige Gefechte und lebhafteste Kämpfe, welche jene Spannung hervorruft. Die Wahlerfolge der Socialdemokraten haben diese Partei bereits in einen Paroxysmus verlegt, der gar nicht schlimmer sein kann, als er ist. Ruft doch der „Neue Socialdemokrat“ in einer seiner letzten Nummern mit Muth und Begeisterung aus: „Es lebe die Commune!“ Wahrlich, es stünde schlimm um Deutschland, wenn es jemals dahin kommen könnte, hier Experimente zu wiederholen, wie sie in Paris und Carthago zur Schande des Jahrhunderts und zur Schmach für alle Zeiten sich vollzogen haben. Man lese nur in den Zeitungen der letzten Wochen die haarsträubenden Schreckensbilder dieser Weltbeglückter in der spanischen Seefestadt nach; man erinnere sich der Unthaten jenes revolutionären Zigennerthums, welches erst niedergeschlagen wurde, nachdem Paris in ein unermessliches Leichenfeld und in eine riesige Brandstätte verwandelt war. Wenn das Motto: „Es lebe die Commune!“ dahin zu verstehen ist, daß das deutsche Proletariat demnächst versuchen will, die französischen und spanischen Vorgänge nachzuahmen, so tritt an die übrigen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft die Pflicht heran, sich gegen die Ausführung solcher kolossaler Tragödien in der geeignetsten Weise noch rechtzeitig sicher zu stellen. Der Socialismus, wie er hier zu Tage tritt, ist nichts als ein Zeugniß der entsetzlichsten moralischen und sittlichen Verwilderung. Nein, das kann nimmer der Weg sein, auf welchem die menschliche Gesellschaft zur Verwirklichung des Grundgesetzes der Gerechtigkeit für Alle gelangen kann. Der Ruf: „Es lebe die Commune!“ oder wie Bebel sich auszudrücken beliebt: „Krieg den Palästen!“ ist ganz genügend, um alle diejenigen, deren Existenz und Besitz durch derartige Vorspiele bedroht werden, zu den äußersten Anstrengungen anzuspornen, um die Anstellung solcher barbarischer Gleichheitsexperimente zu vereiteln. Es ist gar nicht abzusehen, wohin es mit unserer bürgerlichen Freiheit kommen soll, wenn nicht Vorsorge getroffen wird, derartige wilde Drohungen einmal recht gründlich aus der Welt zu schaffen.

Im Reichstage, wie gesagt, wird es mit den Socialdemokraten zu heftigen Auftritten kommen. Im Bunde mit den Ultramontanen, Partikularisten, Welfen, Polen, Dänen und andern reichsfeindlichen Elementen können sie die Reichseinheit schwer bedrohen, wenn nicht die entsprechende Remedur gegen diese Gefahr geschaffen wird.

In Oesterreich dreht sich die ganze innere Politik gegenwärtig um die confessionellen Gesetze. Wie tief dieselben einschneiden, erhellt aus der erbitterten Sprache der ultramontanen Organe, die noch immer der Selbsttäuschung huldigen, als ob der Kaiser nicht mit dem Herzen darauf eingegangen sei. Der österreichische Kern rüstet sich zu einem energischen Feldzuge. Ein Schreiben Mallinckrodt's an den Obmann des katholisch-politischen Kassinos in Oberösterreich fordert zur Bildung einer „fertigen“, starkgegliederten Partei auf; dergleichen hat der Fürstbischof Zwinger ein Condolenzschreiben an Ledochowitsch in Fosen, wie Kardinal Rauscher eine aufmunternde Belobigung an den Erzbischof von Köln gerichtet. Schon erklärt der schneidige Bischof Rüdiger von Linz, daß das Kontordat noch vor Gott und dem Gewissen zu Recht bestehe. Dies Alles deutet auf einen lebhaften Kampf. — Der Wiener „Börsenkrach“ fordert noch immer Opfer; das jüngste derselben ist Baron Galenz, österreichischer Kavalerie-General, der sich eine Pistolenkugel durch den Kopf

jagte. In Ungarn steht wieder einmal eine Ministerkrise vor der Thüre. Der Ministerpräsident verlangt Geld zum Baue der ungarischen Ostbahn und will zurücktreten, wenn ihm dasselbe verweigert wird. Nun sind aber die Herren Magyaren nirgends empfindlicher, als im Geldpunkte. Sobald es „bewilligen“ oder „zahlen“ heißt, braust ihre sittliche Entrüstung hoch auf. Es ist abzuwarten, ob sie den vorgelegten Gesetzesentwurf über den Bau der ungarischen Ostbahn aus Staatsmitteln annehmen oder ablehnen werden.

In der Schweiz dauert die militärische Besetzung des Jura fort und ist neuerdings noch verschärft worden. Die abgesetzten reitenden Pfarren sind meist in benachbarte französische Ortschaften gezogen, um von da aus ungestört ihr Hetz- und Wählergeschäft betreiben zu können. — Ein Mitglied des schweizer Nationalrathes — Vuillerat heißt der Ehrenmann — hat sich nicht gescheut, zu Bar le Duc in Frankreich einen Aufruf an die auswärtigen Mächte drucken zu lassen, in welchem er die Intervention derselben für die Schweizer Ultramontanen nachsucht. In einer der letzten Sitzungen des Nationalrathes konstatierte Bundespräsident Schenk, daß Umtriebe zur Einmischung einer fremden Macht in die schweizerischen Verhältnisse bereits zu Gegenmaßregeln der Regierung geführt hätten. Die Versammlung sprach darauf die Erwartung aus, daß Vuillerat unverzüglich sein Mandat niederlegen werde. Den neuesten Nachrichten zufolge ist bereits seitens der Regierung Auflage gegen ihn erhoben.

Die italienischen Volks-Vertreter, welche ihre Weihnachtsferien bis zum 20. v. M. ausdehnten, haben die Diskussion über den Schulzwang hinter sich. Nächstens beschäftigt sie die Papiergeldfrage. Die neulichen Erklärungen des Fürsten Bismarck über Camarmora wirbeln noch immer in Italiens Preforgängen viel Staub auf. Die Liberalen beklagen, daß ihr General überhaupt ein Buch geschrieben; die Merikalen dagegen hoffen, dasselbe werde noch zu recht viel ärgertlichen Auftritten Anlaß geben. Camarmora soll nämlich beabsichtigen, im Parlament gegen Bismarck loszulegen. Die gebührende Antwort wird ihm dann nicht ausbleiben.

In Frankreich machen die Gesetze über die Maires (Bürgermeister) und über die geistliche Organisation der Armee wieder viel böses Blut. Ein Amendement zum letzteren Gesetze, welches der Armee die Gewissensfreiheit zusichern sollte, wurde verworfen. Bischof Dupanloup zeichnete sich bei dieser Gelegenheit wieder durch eine Rede aus, in welcher er den religiösen Dienst als die Sicherheitsklappe für den obligatorischen Dienst der französischen Armee anpries. Selbst das Amendement des Abg. Andre's, daß die protestantischen und israelitischen Soldaten dispensiert werden möchten, an den gottesdienstlichen Handlungen des katholischen Kultus theilzunehmen, fand keine Gnade vor der Nationalversammlung. Man nahm das Gesetz, eine wahre geistliche Zwangsjacke für die Armee, schließlich mit 345 gegen 263 Stimmen an. Aber trotz dieser offenen Merikalen Reaktion befestigt sich die Stellung der Regierung keineswegs. Der alte voltairianische Geist vereinigt sich mit der Besorgniß der unbefangenen Liberalen, daß dieses breitstirnige Vorgehen der Nationalversammlung im Innern die Erbitterung gefährlich steigern und das Ansehen eines Kabinetts im Auslande nicht heben werde, nachdem es jüngst erst gegen seinen spezifisch-Merikalen Charakter Verwahrung einzulegen sich genöthigt fand. Dazu kommt die Sorge, daß die legitimistischen Kreise wiederum in ihren Blättern am Septennium (siebenjährige Regierung) rütteln und Mac Mahon als bloßen Lückenbüsser bis zum Triumph des Königthums von Gottes Gnaden behandeln. Um Broglie, dessen Royalismus noch Verdacht erregt, zu neuen Vethenerungen zu nöthigen, hat die Nationalversammlung eine

Interpellation Gambetta's zugelassen, auf deren Verlauf man um so gespannter ist, als Rechte und Linke mit dem Kabinet unzufrieden sind. Die Rechte stügt es zur Zeit allerdings, um nicht mit dem Sturz Broglie's auch den Triumph vom 24. Mai in die Brüche gehen zu sehen. Die Verfolgungen gegen republikanische Blätter erheischen täglich neue Opfer.

Die Nachrichten aus Spanien lauten für die Regierung Serrano's nicht günstig. Die Karlisten haben durch die Einnahme von Portugalete einen großen Vortheil erlangt und bedrohen ernstlich die volkreiche biscay'sche Hauptstadt Bilbao. In Paris ging das Gerücht, daß Bilbao schon gefallen sei, doch bedarf es der Bestätigung. Die Regierung Serrano's macht alle Anstrengungen, um den Karlisten die erlangenen Vortheile wieder abzugewinnen.

England ist durch die Auflösung des Unterhauses plötzlich aus der tiefsten politischen Ruhe in den höchsten Grad der Wahlaufregung verlegt worden. Das neue Parlament soll in der ersten Märzwoche zusammen treten; die allgemeinen Wahlen stehen also hart vor der Thür, und ein unerwartetes Leben ist in die Abgeordneten gefahren, die ihre Wiederwahl wünschen. Die Blätter wimmeln von Wahlschreibern, Kandidaturberichten und Artikeln über die unvorhergesehene Maßregel der Regierung. Inmitten dieser Aufregung fand am vorigen Dienstag das große Meeting statt, dessen Zweck bekanntlich war, die Sympathien Englands mit Deutschland im Kampfe gegen den Ultramontanismus kundzugeben. Wir haben darüber bereits in voriger Nummer berichtet.

In Rußland fand am 23. v. M. die Vermählung der Kaiserin Tochter Großfürstin Marie mit dem englischen Prinzen Alfred, Herzog von Edingburg, mit großer Feierlichkeit statt. Die Trauung wurde zunächst nach orthodox-griechischem und dann auch nach anglicanischem Ritus vollzogen. Nach dem solennem Festmahle, bei welchem die Toaste vom Kanonendonner begleitet wurden, begab sich das junge Paar nach Jaroslojefolo, um dort drei Tage zu verweilen. Am 27. kehrte es nach Petersburg zurück. Bis zum 3. Februar ist nun Nacht für Nacht Ball, dann begibt sich der Hof nach Moskau.

## Tagesgeschichte.

X Dresden, 1. Febr. Die letzte Januar-Woche war fast täglich mit Sitzungen unserer Ständerversammlung ausgefüllt. Ein hervorragendes Interesse bot die Verhandlung der I. R. über die Forderung von 843,864 Thlr. zur Errichtung von fünf Landgerichten. Die Finanzdeputation sagt in dem vom Ref. Pfortenbauer erstatteten Bericht, daß sie den Zeitpunkt noch nicht für gekommen erachte, um endgültig über die Errichtung von Landgerichten zu beschließen. Sodann wirft sie ein ernsthaftes Auge auf die Höhe des außerordentlichen Budgets (23 Millionen Thlr.) und sagt: Die Deputation theilt zwar die vom Finanzminister bei der mit demselben hienunter gepflogenen Verhandlung ausgesprochene Ansicht, daß bei dem Staatshaushalte solche Ausgaben, welche für die laufende Verwaltung sich notwendig machen und zu Bekräftigung des gewöhnlichen Bedarfs des Staats erforderlich sind, dem ordentlichen Staatsbudget, solche Ausgaben aber, welche im Allgemeinen mit dem Namen „Vermögensausgaben“ zu bezeichnen sind, dem außerordentlichen Staatsbudget zu überweisen seien, sie hat sich aber dennoch im vorliegenden Falle einiger Zweifel nicht zu entschlagen vermocht, der Zweifel nämlich, ob die in Frage befangenen Postulate unter die Vermögensausgaben im obigen Sinne zu rechnen, also im außerordentlichen Staatsbudget aufzunehmen oder als gewöhnliche Bedürfnisse der laufenden Verwaltung dem ordentlichen Staatsbudget zu überweisen seien. Diese